

Sind weitere Pflegereformschritte notwendig?

Ende Mai 2023 hat der Deutsche Bundestag das Pflegeunterstützungs- und entlastungsgesetz (PUEG) beschlossen. Mit der Reform sind hohe Erwartungen verknüpft, da es bisher an Nachhaltigkeit und langfristigen Konzepten in der Pflege mangelte.

Die zu lösenden Probleme drängen: Demografischer Wandel, steigende Kosten, Fachkräftemangel und das Fehlen einer flächendeckenden Pflege- und Beratungsinfrastruktur, insbesondere für die Kurzzeitpflege, erfordern zielgerichtete Lösungen. Ein Blick auf die Vielzahl unterschiedlicher Leistungen, für die diverse Voraussetzungen der Inanspruchnahme gelten und die in bestimmten Fällen miteinander kombiniert werden können, zeigt, dass nicht nur eine bessere wohnortnahe Beratung notwendig ist, sondern auch ein transparenter Leistungskatalog. Die Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung wurden zum 01. Juli 2023 um 0,35 Prozentpunkte auf dann 3,4 Prozent der Einnahmen erhöht. Auch die zum 1. Januar 2024 beschlossenen verbesserten Leistungen werden weitere Beitragssteigerungen notwendig machen.

Das Förderprogramm für Pflegeeinrichtungen zur Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihre Beschäftigten wird verlängert. Diese Neuregelungen sind aus Sicht der Seniorenvertretung Neu-Anspach nicht ausreichend, sagt deren Pressesprecher Harry Euler, damit die unterstützungs- oder pflegebedürftigen Menschen selbstbestimmt in ihren Wohnungen weiterleben können. Menschen sollten frühzeitig über die verschiedenen Möglichkeiten zum barrierefreien Wohnen nachdenken, damit eintretende gesundheitliche Einschränkungen nicht ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen mit dem sozialen Umfeld beeinträchtigen. Das Ziel sollte sein, dass so viele Menschen wie möglich bei Bedarf unterstützt werden.

Hierbei sollte auch über weitere Möglichkeiten mit einem freiwilligen oder ehrenamtlichen Engagement von Menschen im Transferleistungsbezug oder der Einsatz von Migranten einmal nachgedacht werden. Hierzu ist eine gesellschaftliche Diskussion mit der Anpassung der derzeitigen Rahmenbedingungen unter Beteiligung der Betroffenen sinnvoll. Wenn Menschen gerne eine Tätigkeit ausüben möchten und aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen daran gehindert werden, ist es an der Zeit überholte Vorgaben zu ändern. Es bleibt für Euler unverständlich, dass über Fachkräftemangel geklagt wird und arbeitswillige Menschen vor Ort nicht arbeiten dürfen. Eine freiwillige Tätigkeit oder ehrenamtlich Engagement erhöht auch einen gegenseitig wertschätzenden Umgang und dient dem Abbau von Sprachbarrieren. Auch öffentliche Aufgaben, Vereinsaktivitäten und andere soziale Tätigkeiten sind denkbar. Zum Beispiel könnten sich Menschen in der Vereinsarbeit aktiv einbringen und deren Familienangehörigen wird die Teilnahme an Vereinsaktivitäten ermöglicht. Wieso nicht die persönlichen Kontakte durch die Unterstützungsaktivitäten oder einfache Betreuungstätigkeiten ausbauen? Fordern und fördern ist eine gute Möglichkeit, damit motivierten Menschen auch weitergehende Qualifikationsmaßnahmen bis zu einer Berufsausbildung möglich ist. Hierzu ist noch eine Diskussion zu den denkbaren Änderungen der Rahmenbedingungen im gesellschaftlichen Konsens sinnvoll. In diese Diskussionen sollten die Politik die Bürgerinnen und Bürger bzw. dessen Interessenvertretungen frühzeitig zur Entscheidungsfindung einbeziehen.